

**Schriften zum Schweizerischen Zivilprozessrecht**  
**Etudes de droit de procédure civile suisse**

**Band / Volume 22**

**Melanie Huber**

**Dr. iur., Advokatin**

**Die Vollstreckung von Urteilen  
nach der Schweizerischen ZPO**

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVI
Literaturverzeichnis	XX
Materialienverzeichnis	XXXI
<b>1. Teil: Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>A. Überblick und Thema der vorliegenden Arbeit</b>	<b>1</b>
<b>B. Anspruch auf Realvollstreckung</b>	<b>3</b>
<b>2. Teil: Die Vollstreckungstitel und deren Vollstreckbarkeit</b>	<b>5</b>
<b>A. Einleitung</b>	<b>5</b>
<b>B. Die Vollstreckungstitel</b>	<b>5</b>
I. Entscheide im Sinne von Art. 335 ff. ZPO	5
II. Inhalt der Entscheide	9
III. Form der Entscheide	10
IV. Das urteilende Gericht	12
<b>C. Die Vollstreckbarkeit</b>	<b>14</b>
I. Grundsatz: Formelle Rechtskraft	14
1. Allgemeines	14
2. Zeitpunkt des Eintritts der Vollstreckbarkeit bei Entscheiden, die nur mit einem ausserordentlichen Rechtsmittel angefochten werden können	15
1) Eintritt der Vollstreckbarkeit im Allgemeinen	15
2) Eintritt der Vollstreckbarkeit bei nur im Dispositiv eröffneten Entscheiden	17
3. Zeitpunkt des Eintritts der Vollstreckbarkeit bei Entscheiden, die mit einem ordentlichen Rechtsmittel angefochten werden können	21
1) Eintritt der Vollstreckbarkeit im Allgemeinen	21
2) Eintritt der Vollstreckbarkeit bei Rechtsmittelverzicht und Rückzug des Rechtsmittels	23
3) Eintritt der Vollstreckbarkeit bei einfacher Streitgenossenschaft	24

4) Eintritt der Vollstreckbarkeit bei unzulässiger Berufung	24
5) Eintritt der Vollstreckbarkeit bei bloss teilweiser Anfechtung	26
6) Eintritt der Vollstreckbarkeit bei Entscheiden über das Gegendarstellungsrecht oder vorsorgliche Massnahmen	27
II. Ausnahme: Vorzeitige Vollstreckbarkeit	28
III. Ausnahme: Aufschiebung der Vollstreckbarkeit	29
IV. Weitere Vollstreckbarkeitsvoraussetzungen	30
1. Allgemeines	30
2. Klarer und eindeutiger Vollstreckungstitel	30
3. Keine Notwendigkeit des Rückgriffs auf das materielle Recht	35
4. Beachtung bestimmter Fristen?	35
5. Vollstreckungshindernis der veränderten Verhältnisse?	37
6. Identität der Parteien	38
7. Voraussetzungen bei bedingten oder von einer Gegenleistung abhängigen Leistungen	38
V. Die Vollstreckbarkeitsbescheinigung	38
1. Allgemeines	38
2. Zuständigkeit für die Ausstellung der Vollstreckbarkeits- bescheinigung	40
3. Verfahren der Ausstellung der Vollstreckbarkeitsbescheinigung	42
4. Form der Vollstreckbarkeitsbescheinigung	45
5. Kosten der Vollstreckbarkeitsbescheinigung	46
6. Wirkung der Vollstreckbarkeitsbescheinigung	49
7. Rechtsmittel gegen die Ausstellung der Vollstreckbarkeitsbescheinigung	51
VI. Die Vollstreckbarkeit einer bedingten oder von einer Gegenleistung abhängigen Leistung insbesondere	51
1. Einleitung	51
2. Zuständigkeit betreffend Feststellung des Bedingungseintritts oder der gehörig erbrachten Gegenleistung	52
3. Verfahren und Entscheid bezüglich der Feststellung des Bedingungseintritts oder der gehörig erbrachten Gegenleistung	53
1) Verfahren	53
2) Beweismittel und Beweislast	55
3) Bedingungseintritt und Erbringung der Gegenleistung	55

4) Der Entscheid über den Bedingungseintritt oder die gehörig erbrachte Gegenleistung	58
VII. Exkurs: Die Vollstreckbarkeit von Entscheiden betreffend Besuchs- oder Ferienrechten	60
<b>3. Teil: Das Vollstreckungsverfahren</b>	<b>61</b>
<b>A. Einleitung</b>	<b>61</b>
<b>B. Das zweistufige Vollstreckungsverfahren</b>	<b>62</b>
I. Das Vollstreckungsgesuch	62
1. Allgemeines	62
2. Vorliegen eines Rechtsschutzinteresses	63
3. Ort der Einreichung	66
4. Form des Vollstreckungsgesuchs	66
5. Inhalt des Vollstreckungsgesuchs	67
6. Inhaltliche Identität von Vollstreckungstitel und Vollstreckungsgesuch	68
7. Verbindung von Vollstreckungs- und Feststellungsbegehren	73
8. Dem Vollstreckungsgesuch beizulegende Urkunden	73
9. Wirkungen des Vollstreckungsgesuchs	75
10. Rückzug des Vollstreckungsgesuchs	75
II. Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts	76
1. Allgemeines	76
2. Örtliche Zuständigkeit	77
3. Sachliche Zuständigkeit	78
III. Das Verfahren vor dem Vollstreckungsgericht	79
IV. Sichernde Massnahmen im Vollstreckungsverfahren	81
1. Allgemeines	81
2. Zuständigkeit für den Erlass von sichernden Massnahmen	82
3. Voraussetzungen für den Erlass von sichernden Massnahmen	82
4. Verfahren für den Erlass von sichernden Massnahmen	84
5. Leistung einer Sicherheit?	87
6. Kostenvorschuss	88
7. Schutzschrift	88
8. Inhalt der sichernden Massnahmen	89
1) Beschränkung auf sichernde Massnahmen?	89
2) Sicherungsmassnahmen im Einzelnen	90

9.	Rechtsmittel gegen den Entscheid über die Anordnung von sichernden oder vorsorglichen Massnahmen	91
V.	Überprüfungsbefugnis des Vollstreckungsgerichts	92
VI.	Anhörung der unterlegenen Partei	94
1.	Die Stellungnahme der unterlegenen Partei	94
1)	Allgemeines	94
2)	Mündliche oder schriftliche Stellungnahme	94
3)	Die Frist zur Stellungnahme	95
4)	Gewährung einer Nachfrist nach Art. 223 ZPO?	96
2.	Das Replikrecht des Vollstreckungsklägers	99
3.	Säumnis der Parteien an der mündlichen Verhandlung	100
VII.	Die Einwendungen der unterlegenen Partei	102
1.	Materielle Einwendungen	102
1)	Allgemeines	102
2)	Einwendung der Tilgung	103
3)	Einwendung der Stundung	105
4)	Einwendung der Verjährung	105
5)	Nicht zulässige materielle Einwendungen	106
2.	Formelle Einwendungen	107
3.	Besondere Einwendungen bei bedingten oder von einer Gegenleistung abhängigen Leistung	110
4.	Beweislast und Beweismittel	111
5.	Erneute Klage der obsiegenden Partei und Rückleistungsklage der unterlegenen Partei	113
VIII.	Gesuch um Einstellung der Vollstreckung und negative Feststellungsklage	114
IX.	Rückforderungsklage	117
X.	Kosten des Vollstreckungsverfahrens	119
XI.	Der Entscheid des Vollstreckungsgerichts	120
XII.	Befristung des Vollstreckungsentscheids?	122
XIII.	Rechtsmittel gegen den Vollstreckungsentscheid	123
<b>C.</b>	<b>Das Verfahren der direkten Vollstreckung</b>	<b>124</b>
I.	Einleitung	124
II.	Zweck, Vor- und Nachteile der direkten Vollstreckung	126
III.	Eignung der direkten Vollstreckung	127
IV.	Das Verfahren der direkten Vollstreckung	130
1.	Voraussetzungen der direkten Vollstreckung	130
1)	Parteiantrag	130

2)	Antrag auf Anordnung von Vollstreckungsmassnahmen in einem Vergleich	134
3)	Ermessen des Gerichts und weitere Voraussetzungen für die direkte Anordnung von Vollstreckungsmassnahmen	135
4)	Anordnung von konkreten Vollstreckungsmassnahmen	137
2.	Zuständigkeit	139
3.	Beweis der Vollstreckbarkeit	140
4.	Überprüfungsbefugnis der Vollzugsbehörde	141
5.	Sichernde Massnahmen	142
6.	Das Verfahren der direkten Vollstreckung bei vorsorglichen Massnahmen	143
V.	Das Gesuch um Einstellung der Vollstreckung	144
1.	Allgemeines	144
2.	Zuständigkeit und Legitimation	144
3.	Verfahren	145
4.	Zeitliche Aspekte des Gesuchs um Einstellung der Vollstreckung	146
5.	Wirkung der Einreichung des Gesuchs um Einstellung der Vollstreckung	149
6.	Der Entscheid über das Gesuch um Einstellung der Vollstreckung und Rechtsmittel	151
VI.	Entscheid und Rechtsmittel gegen die direkte Anordnung von Vollstreckungsmassnahmen	152

## **4. Teil: Die einzelnen Vollstreckungsmassnahmen und deren Vollzug** **155**

<b>A.</b>	<b>Allgemeines zu den Vollstreckungsmassnahmen</b>	<b>155</b>
I.	Überblick	155
II.	Abschliessender Katalog der Vollstreckungsmassnahmen	156
III.	Die Wahl des konkreten Vollstreckungsmittels	158
1.	Wahl durch den Vollstreckungskläger oder durch das Gericht?	158
2.	Kriterien bei der Wahl des Vollstreckungsmittels	162
1)	Allgemeines	162
2)	Stufenfolge der Vollstreckungsmassnahmen?	163
3)	Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit	164
3.	Kombination der verschiedenen Vollstreckungsmittel	166
IV.	Die Kosten der Vollstreckungsmassnahmen	168

V.	Ausbleiben des Erfolgs der Vollstreckung	170
<b>B.</b>	<b>Die Androhung der Bestrafung nach Art. 292 StGB</b>	<b>170</b>
I.	Einleitung	170
II.	Subsidiarität der Androhung der Bestrafung nach Art. 292 StGB?	171
III.	Eignung der Androhung der Bestrafung nach Art. 292 StGB	172
IV.	Befugnis zur Androhung der Bestrafung nach Art. 292 StGB	173
V.	Adressaten der Androhung der Bestrafung nach Art. 292 StGB	173
VI.	Die Androhung der Bestrafung	174
	1. Zweck und Inhalt der Strafandrohung	174
	2. Form der Androhung der Bestrafung	176
VII.	Das Verfahren der Bestrafung nach Art. 292 StGB	176
	1. Verfahren vor dem Strafgericht	176
	1) Allgemeines	176
	2) Strafverfolgung von Amtes wegen	177
	3) Prüfungsbefugnis des Strafgerichts	177
	4) Urteil des Strafgerichts	179
	2. Nebenverfahren vor dem Vollstreckungsgericht	179
VIII.	Die Strafe und deren Höhe	180
IX.	Wiederholter Ungehorsam	180
<b>C.</b>	<b>Die Ordnungsbusse</b>	<b>181</b>
I.	Einleitung	181
II.	Charakter der Ordnungsbusse	181
III.	Unterschiede zur Androhung der Bestrafung nach Art. 292 StGB	183
IV.	Die beiden Varianten der Ordnungsbusse und ihre Höchstbeträge	185
V.	Adressat der Ordnungsbusse	187
VI.	Voraussetzung eines Verschuldens?	188
VII.	Bemessung der Ordnungsbusse	190
VIII.	Das Verfahren der Androhung und Verhängung der Ordnungsbusse	191
	1. Überblick	191
	2. Androhung der Ordnungsbusse	192
	3. Vollstreckung der Androhung	194

IX.	Der Anwendungsbereich der Androhung der Bestrafung nach Art. 292 StGB oder der Ordnungsbussen	196
<b>D.</b>	<b>Der direkte Zwang</b>	<b>198</b>
I.	Die Anordnung von direktem Zwang im Allgemeinen	198
II.	Die Anordnung von direktem Zwang bei Unterlassungsurteilen?	200
III.	Die Anordnung von direktem Zwang bei der Verpflichtung zur Herausgabe von beweglichen Sachen	203
IV.	Die Anordnung von direktem Zwang bei der Herausgabe von unbeweglichen Sachen	205
V.	Die Anordnung von direktem Zwang bei der Vollstreckung von Besuchs- und Ferienrechten	208
VI.	Die Anordnung von direktem Zwang bei der Durchsetzung von Informationsrechten	209
<b>E.</b>	<b>Die Ersatzvornahme</b>	<b>210</b>
I.	Einleitung	210
II.	Abgrenzung zu Art. 98 Abs. 1 OR	212
III.	Abgrenzung zum direkten Zwang nach Art. 343 Abs. 1 lit. d ZPO	213
IV.	Antragserfordernis	214
V.	Die mit der Ersatzvornahme betraute Person und deren Beauftragung	214
VI.	Kosten der Ersatzvornahme und Kostenvorschusspflicht	216
	1. Allgemeines	216
	2. Der Aufwendungsersatzanspruch der obsiegenden Partei	217
	3. Kostenvorschusspflicht der obsiegenden oder der unterlegenen Partei	217
	4. Die definitive Festsetzung der Kosten für die Ersatzvornahme	220
VII.	Umfang des Rechts zur Ersatzvornahme	221
VIII.	Untergang des Anspruchs auf Realerfüllung?	222
<b>F.</b>	<b>Schadenersatz und Umwandlung der geschuldeten Leistung in eine Geldleistung</b>	<b>222</b>
I.	Einleitung	222
II.	Allgemeines zum Taxationsverfahren	224
III.	Der Schadenersatz	227
	1. Allgemeines	227



2.	Schadenersatz an Stelle oder neben der geschuldeten Leistung?	227
3.	Voraussetzungen für die Zusprechung von Schadenersatz	229
1)	Erfolgreiche Vollstreckung	229
2)	Widerrechtlichkeit	229
3)	Verschulden	229
4.	Der Umfang des Schadenersatzes	230
5.	Untergang der Befugnis zur Realerfüllung?	232
IV.	Umwandlung der geschuldeten Leistung in eine Geldleistung	233
1.	Allgemeines	233
2.	Voraussetzungen	233
3.	Der Umwandlungsbetrag	235
4.	Untergang der Befugnis zur Realerfüllung?	236
<b>G.</b>	<b>Die Vollsteckungsmassnahmen bei der Erfüllung eines Urteils auf Abgabe einer Willenserklärung</b>	<b>237</b>
I.	Allgemeines	237
II.	Ersatz durch Sachurteil	238
III.	Anwendungsfälle	240
1.	Allgemeines	240
2.	Übertragung von Eigentum an Fahrnis	241
3.	Erklärungen im Bereich des Immobiliarsachenrechts	242
IV.	Anweisungen an die registerführenden Personen	244
<b>H.</b>	<b>Die Pflichten der unterlegenen Partei im Zusammenhang mit dem Vollzug der Vollstreckungsmassnahmen</b>	<b>244</b>
I.	Auskunfts- und Duldungspflicht der unterlegenen Partei	244
II.	Präsenzpflicht der unterlegenen Partei während dem Vollzug?	246
<b>5. Teil:</b>	<b>Die Vollstreckungsbehörden und weitere mit der Vollstreckung betraute Personen</b>	<b>249</b>
<b>A.</b>	<b>Die mit der Vollstreckung betrauten Behörden oder Personen</b>	<b>249</b>
<b>B.</b>	<b>Rechte und Pflichten der mit der Vollstreckung betrauten Behörden oder Personen</b>	<b>250</b>
I.	Pflicht zum Vollzug	250
II.	Eigenes Ermessen beim Vollzug	251
III.	Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit	252

IV. Umfang der Befugnisse der mit der Vollstreckung betrauten Personen	253
V. Recht zur Einräumung einer Schonfrist?	254
VI. Recht auf Inanspruchnahme von Hilfe von anderen Behörden und Personen	256
<b>C. Hilfe durch die Polizei und andere Behörden</b>	<b>256</b>
<b>D. Rechtsmittel gegen Handlungen der mit der Vollstreckung betrauten Behörden oder Personen</b>	<b>258</b>
<b>6. Teil: Dritte im Vollstreckungsverfahren</b>	<b>261</b>
<b>A. Allgemeines</b>	<b>261</b>
<b>B. Schutz der Rechte Dritter in der Vollstreckung</b>	<b>262</b>
I. Vollstreckung gegen Dritte	262
II. Berührung der Rechte Dritter durch die Vollstreckung	264
1. Allgemeines	264
2. Herausgabe einer beweglichen Sache im Gewahrsam des Dritten	267
3. Herausgabe einer beweglichen Sache im Gewahrsam des Vollstreckungsbeklagten	268
4. Ausweisung von Mietern	270
5. Übrige Fälle	271
<b>C. Auskunftspflicht und Duldungspflicht Dritter</b>	<b>271</b>
<b>D. Rechtsmittel Dritter</b>	<b>275</b>
<b>7. Teil: Kurzüberblick über die Vollstreckung von Urteilen nach dem LugÜ und IPRG</b>	<b>277</b>
<b>A. Einleitung</b>	<b>277</b>
<b>B. Vollstreckung nach LugÜ</b>	<b>281</b>
I. Das separate Exequaturverfahren	281
II. Das inzidente Verfahren	287
<b>C. Vollstreckung nach IPRG</b>	<b>289</b>
<b>8. Teil: Zusammenfassung</b>	<b>293</b>